

Pressemitteilung, 16. Juli 2010



## **Transparenz schützt Menschenrechte – auch bei der Polizei in Baden-Württemberg**

**Anlässlich des kürzlich erschienenen Berichts „Täter unbekannt - Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland“ der Menschenrechtsorganisation Amnesty International erklärt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg:**

„Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg begrüßt es sehr, dass eine so anerkannte Organisation wie Amnesty International auf die Menschenrechtsverletzungen der Polizei in Deutschland hinweist“, sagt Oliver Hildenbrand, Landessprecher der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg. Bereits im Juni hatte sich auch die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg mit der Rolle der Polizei im Rechtsstaat auseinandergesetzt und sieht sich durch den von Amnesty International vorgelegten Bericht in ihren Forderungen bestätigt.

„Polizeigewalt ist ein Thema, vor dem man die Augen nicht verschließen darf. Tabuisierung ist hier genauso falsch wie eine pauschale Vorverurteilung der Beamtinnen und Beamten. Die Vorwürfe, die von Bürgerinnen und Bürgern immer wieder erhoben werden, sind ernst zu nehmen: Übergriffe auf friedliche DemonstrantInnen, Misshandlung von Gefangenen oder Tritte, Schläge und Beleidigungen bei Festnahmen – das sind keine Bagatelldelikte“, meint Oliver Hildenbrand. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert, dass solche Vorwürfe unabhängig untersucht werden müssen. „Dies sollte in einem Rechtsstaat auch überhaupt keine Frage sein und ist für eine bürgerInnenfreundliche Polizei selbstverständlich“, so Hildenbrand weiter.

Eine rechtsstaatlich organisierte Polizei muss sich auch offen der Kritik stellen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich bei Einsätzen ungerecht behandelt fühlen oder bei Eingriffen in Freiheitsrechte die Verhältnismäßigkeit in Frage steht. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ebenso wie die Schaffung einer unabhängigen Institution, die Polizeistrategien evaluiert, Hinweisen auf Fehlverhalten von PolizeibeamtInnen nachgeht und Empfehlungen hinsichtlich deeskalierender Einsatzstrategien an die Polizei gibt.

„Bei großen Polizeieinsätzen, zum Beispiel bei Demonstrationen, tritt die Polizei den BürgerInnen heute als anonyme Staatsmacht entgegen. Doch gerade wenn es um die Ausübung des Gewaltmonopols geht, sollte staatliches Handeln individuell erkennbar und nachvollziehbar sein. Wenn Beamtinnen und Beamten im Einzelfall nicht individuell zu ermitteln sind, schadet dies dem Vertrauen in den Staat und seine Polizei“, gibt Oliver Hildenbrand zu bedenken und kündigt abschließend an:

„Im Bereich der Polizei liegt eine wichtige landespolitische Kompetenz. Deshalb werden wir uns im Entstehungsprozess des Landtagswahlprogramms für eine angemessene Berücksichtigung dieser Themen bei den Grünen einsetzen.“

### **Hinweis:**

Nähere Informationen zum Bericht und zur Kampagne von Amnesty International finden sich online unter <http://www.amnestypolizei.de/>



Baden-Württemberg  
Forststraße 93  
70176 Stuttgart

Tel: 0711 - 99359-75  
Fax: 0711 - 99359-99  
E-Mail: buero@gjbw.de